



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

München, den 12.11.2025

10 Jahre an der Seite der Betroffenen – 10 Jahre Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung und rechter, gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt

Seit zehn Jahren steht die Beratungsstelle BEFORE Betroffenen von Diskriminierung und rechter, gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt in München zur Seite und begeht dieses Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. *„BEFORE steht seit zehn Jahren verlässlich an der Seite von Betroffenen und setzt ihre Rechte durch. Was Hass nehmen will – Würde, Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung – gibt BEFORE zurück. Diese Arbeit schützt, was München stark macht: unsere Vielfalt. Wir stehen ein für eine Stadt, in der alle sicher und respektiert leben können – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. München steht klar an der Seite der Betroffenen: Wer in München Unrecht erlebt, ist nicht allein.“* betont Verena Dietl, 3. Bürgermeisterin der Stadt München.

Zu diesem Anlass blicken wir auf ein Jahrzehnt Beratungsarbeit in der Antidiskriminierungsberatung und Opferberatung in München. Ausgehend von Beobachtungen aus der Beratungsarbeit und mit Blick auf die Entwicklung der Fallzahlen gibt die Beratungsstelle eine Einschätzung zum aktuellen Stand von Diskriminierung, Ausgrenzung und rechter Gewalt in München und versucht, einen Ausblick auf die weitere Entwicklung in der Stadt zu formulieren. Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand bei BEFORE e.V., macht deutlich: *„Zehn Jahre Beratungstätigkeit durch BEFORE sind zehn Jahre Kampf um grundlegende Grund- und Bürgerrechte, wie sie allen Menschen in unserer Stadt zustehen - die ihnen aber durch rechte Übergriffe oder Diskriminierung genommen werden sollen. Wir merken jeden Tag: Wer das Stadtbild verändern möchte, möchte in Wirklichkeit die Stadtgesellschaft verändern.“*

Ein Rückblick auf 10 Jahre Beratungsarbeit: Beobachtungen und Themen aus der Beratung

2014/15 – Gründung des Vereins und der Beratungsstelle BEFORE

München: Die Stadt mit den meisten Opfern durch rechten Terror in der Bundesrepublik. Bereits 2009 beginnt die Stadt deshalb in enger Partnerschaft von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren damit, das „Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ aufzubauen und zu finanzieren. Die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2011 und der rassistische und diskriminierende Umgang der Behörden mit den Angehörigen der Opfer des NSU



machte deutlich, dass in dem Netzwerk bis dahin eine Anlaufstelle für die Betroffenen von rechtsextremer Gewalt fehlte, die ihre Perspektiven in den Mittelpunkt stellt.

Der Stadtrat beschließt im Jahr 2014, auf Initiative von Vertreter*innen der Stadtgesellschaft und engagierter Stadträt*innen, die Gründung einer unabhängigen Anlaufstelle für Betroffene und Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Der Verein BEFORE e.V. wird zu diesem Zwecke zum Anfang des Jahres 2015 gegründet. Im selben Jahr erhält der Verein zusätzlich städtische Personalmittel zur Umsetzung einer unabhängigen Antidiskriminierungsberatung, die zuvor in der Verwaltung der Landeshauptstadt München angesiedelt war. Anfang 2016 nimmt BEFORE die Beratungsarbeit auf, bestehend aus den Fachbereichen Antidiskriminierungsberatung und Opferberatung.

2016 – Eine erste Bilanz: Der Bedarf an Beratung ist hoch

BEFORE begleitet seitdem Betroffene, Angehörige und Hinterbliebene und Zeug*innen von Diskriminierung und rechter, rassistischer, antisemitischer und gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt in München. BEFORE besetzt in der Landeshauptstadt damit eine Leerstelle. Die erste Bilanz nach sechs Monaten des Bestehens der Anlaufstelle: In den meisten Fällen geht es um kontinuierlich erlebte Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, beispielsweise aufgrund der Hautfarbe, des äußeren Erscheinungsbildes oder dem Tragen des Kopftuches. In der Beratung berichten Betroffene meist nicht von einzelnen Vorfällen, sondern von jahrelang erlebter Ausgrenzung. Aufgrund des landesweit fehlenden Angebots, insbesondere im Fachbereich Antidiskriminierung, kommen viele Anfragen auch aus anderen Regionen Bayerns. Der Bedarf ist von Beginn an hoch.

Das rechtsterroristische OEZ-Attentat – BEFORE unterstützt Angehörige und Überlebende

Am 22. Juli 2016 wird München erneut von einem rechtsterroristischen Anschlag erschüttert. Beim Attentat am Olympia-Einkaufszentrum werden neun Menschen getötet. BEFORE steht solidarisch an der Seite der Angehörigen und Überlebenden, die eine lückenlose Aufklärung und die Anerkennung des Attentats als rassistische, rechtsterroristische Gewalttat fordern. Die Beratungsstelle wird für Hinterbliebene der Opfer in dieser Zeit zu einer Anlaufstelle. Nur durch den vehementen Druck der Hinterbliebenen wird erst drei Jahre später das rechtsextremistische Tatmotiv anerkannt. In den darauffolgenden Jahren unterstützt BEFORE die „Initiative München Erinnern“, unter anderem 2022 bei der Anmietung des „Laden 13“, einem Begegnungs- und



Erinnerungsort in Selbstorganisation der Angehörigen und Überlebenden des rechtsterroristischen Attentats.

2017 – Perspektiven von Betroffenen sichtbar machen

Die Stimmen von Betroffenen bleiben in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch weiterhin weitgehend ungehört. Erstmals werden von BEFORE Berichte von Einzelfällen in der Presse und im Rundfunk veröffentlicht, die ihre Perspektive sichtbar machen sollen. BEFORE versucht aktiv auch das Thema Diskriminierung in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. Im Jahr 2017 geht die „München Chronik“ online, ein gemeinsames Projekt zusammen mit a.i.d.a-Archiv München und der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm). Es zeigt eine interaktive Karte und Chronik, die Diskriminierung und rechte Übergriffe in der Stadt dokumentiert und über die BEFORE nach Wunsch der Ratsuchenden Vorfälle und Übergriffe sichtbar macht.

2018 – Rechte Gewalttaten prägen das Leben der Betroffenen und der Angehörigen ein Leben lang

BEFORE unterstützt Hinterbliebene und Überlebende des Oktoberfest-Attentates

Nach dem langen und ausdauernden Einsatz der Betroffenen wird nach Stadtratsbeschluss im April 2018 der Fonds zur Unterstützung von Überlebenden und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentates begründet. Dieser wird bei BEFORE angesiedelt und umgesetzt. Im Folgejahr erhält BEFORE für den Fonds weitere Gelder zur Weitergabe an Betroffene. Die Opferberatung von BEFORE begleitet in dieser Zeit Betroffene intensiv. Die Begleitung der Überlebenden und Angehörigen des Oktoberfestattentates von 1980 zeigt auf, dass ihnen die notwendige Unterstützung über Jahrzehnte verweigert wurde.

Ende des NSU-Prozesses – Solidarisch an der Seite der Angehörigen und Überlebenden

Der NSU-Prozess findet von 2013 bis 2018 in München statt. Seit der Gründung begleitet der Verein und die Beratungsstelle BEFORE Angehörige der Münchner Opfer, sowie während dem Prozess auch Angehörige und Überlebende aus anderen Städten, solidarisch. Es zeigt sich auch hier deutlich: Die Perspektiven von Betroffenen, Angehörigen und Überlebenden werden nicht ernst genommen, Forderungen nach einer würdevollen Erinnerung an die Opfer, einer lückenlosen Aufklärung und politische Konsequenzen werden nicht umgesetzt.



Nicht nur die Erfahrung rechter Gewaltakte hinterlässt bei den Betroffenen tiefe Spuren - sondern ebenso der Kampf um Anerkennung. Die massiven Auswirkungen rechter Gewalt können sich nicht nur über Jahre, sondern auch Jahrzehnte erstrecken und sich zu ganz verschiedenen Zeiten aus ganz unterschiedlichen Gründen auch intensivieren – sie bleiben letztlich ein Leben lang. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene Unterstützung nicht nur durch Beratung, sondern auch durch finanzielle Entschädigung, angepasst nach ihren individuellen Bedürfnissen und Nöten, erhalten.

2019 – BEFORE wird bekannter: Die Fallzahlen steigen kontinuierlich

In den Jahren 2018 und 2019 nimmt die Bekanntheit der Beratungsstelle deutlich zu und führt zu erhöhtem Fallaufkommen. Zugleich wächst das Interesse an der Expertise aus der Beratungstätigkeit in den Themenfeldern Rassismus, rechte Gewalt, Diskriminierung und gesellschaftliche Sensibilisierung. In der Antidiskriminierungsberatung treten vermehrt Fälle von antimuslimischem Rassismus auf. Oftmals sind Betroffene aber auch Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt - das heißt, Betroffene erfahren Ungleichbehandlung aufgrund von mehreren Persönlichkeitsmerkmalen gleichzeitig, beispielsweise der Herkunft und dem sozialen Status. Eine Häufung an Fällen finden sich an Orten mit bestehenden formalen Hierarchien, so am Arbeitsplatz oder im Kontakt mit Behörden. In diesen Jahren wird deutlich, dass sich der Bildungsbereich als ein Schwerpunkt der Beratungsarbeit über die Jahre weiter fortsetzt, mit Fällen an Kitas, Schulen und Universitäten.

In der Opferberatung zählen der öffentliche Raum und das Wohnumfeld zu den Lebensbereichen, in denen am meisten Angriffe in Form von Bedrohungen, Beleidigungen und – teils schwere – Körperverletzungen stattfinden. Die Konsequenzen für Betroffene sind gravierend: Die Lebensgrundlage ist gefährdet, der Zugang zu Bildung, Wohnraum oder Gesundheitsversorgung wird erheblich erschwert oder bleibt verwehrt.

Die Beratungszahlen steigen weiter an. 2019 verzeichnet BEFORE ein neues Hoch mit 264 Beratungsfällen, ein Anstieg von knapp 52% im Vergleich zum Vorjahr. Gegen Ende des Jahres 2019 entscheidet der Stadtrat über eine jährliche Mehrförderung für BEFORE, welche der Beratungsstelle eine Ressourcenausweitung ermöglicht, um Betroffenen weiterhin eine kontinuierliche Unterstützung anbieten zu können.



2020/21 – Corona: Der Hass verlagert sich ins Internet und ins Wohnumfeld

Mit Beginn der Corona-Pandemie 2020 treten bestimmte Phänomene in den Vordergrund der Beratungsarbeit: Die Beratungsstelle beobachtet einen Anstieg von antiasiatischem Rassismus, Verschwörungserzählungen und einer spürbaren Zunahme von Hasskriminalität im Internet und den Sozialen Medien. Es wird deutlich, dass gesellschaftliche Ereignisse einen bemerkbaren Einfluss auf die Art und den Umfang der Beratungsanliegen haben.

Die Beratungszahlen für 2020 steigen auf insgesamt 324 Fälle in beiden Fachbereichen. Durch die Pandemie-bedingten Ausgangsbeschränkungen mehren sich in der Opferberatung Angriffe im Wohnumfeld. Die Zahl der Fälle in diesem Lebensbereich verdreifachte sich im Vergleich zum Vorjahr. Die Antidiskriminierungsberatung verzeichnet in den Jahren der Pandemie vermehrt Fälle von rassistischen Diskriminierungen, insbesondere gegen asiatisch gelesene Personen. Betroffene of Colour und Geflüchtete sind besonders durch ungleichen Zugang zu medizinischer Versorgung, Informationen und sichere Unterbringung benachteiligt. Die Zeit der Pandemie zeigt die Leerstellen besonders deutlich auf: Es fehlt an flächendeckenden Antidiskriminierungsstellen, besonders in Bayern. Zusammen mit den kommunalen und unabhängigen bayerischen Antidiskriminierungsstellen fordert die Beratungsstelle seither ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).

2022 – Kontinuität von Beratungsthemen durch die Jahre

Antidiskriminierungsberatung: Hohe Hürden in der Rechtsdurchsetzung von Diskriminierungsansprüchen

Im Jahr 2022 muss die Antidiskriminierungsberatung aufgrund der hohen Fallzahlen erstmals einen Fallannahmestopp aussprechen. Die Antidiskriminierungsberatung vermerkt zunehmend Fälle von Diskriminierungen, in denen zu Interventionen in Bezug auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beraten wurde, beispielsweise zu möglichen Ansprüchen auf Entschädigung. BEFORE berät so unter anderem den Fall eines betroffenen Schwarzen Mannes, der bei einem Einkauf racial profiling erlebte. Beim Anstehen an der Supermarktkasse wurde er als Einziger dazu aufgefordert, seine Taschen zu öffnen. Der Kassierer durchsuchte daraufhin ohne Zustimmung des Betroffenen seine Taschen nach vermeintlichem Diebesgut.

Der Betroffene schilderte dieses Erlebnis als immense Würdeverletzung, da der Vorfall unter anderem von einer Vielzahl von Menschen mitbeobachtet wurde: *„Es war mir so unangenehm. Warum traf es mich? Die Warteschlange war so lang. Sehe ich aus wie ein Dieb?“*



Die Rechtsdurchsetzung in Fällen wie diesen ist jedoch mit vielen Hürden verbunden, erklärt Lea Tesfaye, Antidiskriminierungsberaterin bei BEFORE: *„Betroffene werden mit einer kurzen Frist von zwei Monaten zur Geltendmachung von Ansprüchen, hohen Kosten, wenig verfügbare Anwält*innen mit Expertise zum AGG und die Aussicht auf nur geringe Sanktionen für Diskriminierungsverantwortlichen konfrontiert.“* Dazu kommt meist eine hohe emotionale Belastung für die Betroffenen im Zuge eines solchen Verfahrens. Die Beratungsstelle engagiert sich deshalb im Bündnis „AGG-Reform – Jetzt!“ und fordert zusammen mit über 100 Bündnispartner*innen unter anderem die Einführung eines Verbandsklagerechts, die Erweiterung geschützter Merkmale und Anwendungsbereiche des AGG, sowie eine Verlängerung der Geltungsfrist auf mindestens 12 Monate.

Opferberatung: Angriffe im Wohnumfeld und öffentlichen Nahverkehr

In der Opferberatung finden Angriffe mit rechter, rassistischer Motivation weiterhin mit hoher Fallanzahl im Wohnumfeld und im öffentlichen Nahverkehr statt. So schildert eine Betroffene in der Beratung einen Vorfall bei dem sie, an einer Tramhaltestelle wartend, von einem Mann rassistisch beleidigt und bedrängt wird. Die Betroffene wendet sich ab und stellt sich zu anderen wartenden Fahrgäst*innen. Der Mann verfolgt sie laut und aggressiv schreiend bis zur Türe der Tram. Von den umstehenden Fahrgäst*innen reagiert niemand auf den Übergriff oder bietet der Betroffenen Hilfe an. *„Die Folgen für die Betroffenen sind vielseitig und reichen von massiven psychischen Belastungen bis hin zum Verlust des Sicherheitsgefühls. Auch Kinder und Jugendliche sind zunehmend mitbetroffen. Die Folgen von Angriffen oder wiederkehrenden Anfeindungen sind dabei immens. Betroffene Familien berichten davon, dass ihre Kinder unter Angstzustände oder Schlafstörungen leiden. Auch ein sozialer Rückzug kann eine langfristige Folge sein: So vermeiden Kinder Orte, an denen sie den Täter*innen begegnen könnten, wie beispielsweise Spielplätze in Wohnanlagen“* beschreibt Matthias Schmidt- Sembdner, Opferberatung bei BEFORE.

2023 – Der 7. Oktober und Folgen für Betroffene

Nach dem Angriff der Hamas am 07. Oktober 2023 in Israel haben wir auch besorgt auf die Auswirkungen auf die Münchner Stadtgesellschaft und auf den zu erwartenden Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus geblickt. In der Beratung berichten uns Betroffene von Antisemitismus von einer starken Erosion des eigenen Sicherheitsgefühls und eine Verschärfung der Sicherheitslage für Jüdinnen und Juden. Betroffene von antimuslimischem



Rassismus berichten davon, starken Ressentiments ausgesetzt zu sein und im Zuge der gesellschaftlichen Aushandlungen zum 07. Oktober und seinen Folgen Stigmatisierungen und folglich Diskriminierungen zu erleben.

2024 bis heute – Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

2024 verzeichnet die Beratungsstelle ein Allzeithoch an Beratungsfällen mit 465 Beratungsfällen, mit 695 Betroffenen und 12 Gruppen - davon 183 neue Fälle innerhalb eines Jahres. Mit den aktuellen Fallanfragen stößt die Beratungsstelle immer wieder an die Kapazitätsgrenzen. Um die bereits angebunden Beratungsfälle weiterhin bearbeiten zu können, musste in der Antidiskriminierungsberatung mehrfach auf das Instrument des Fallannahmestopps zurückgegriffen werden. Die Beratungszahlen zeichnen mit Blick auf die Beratungsfälle seit 2020 einen alarmierenden Anstieg von 43,5% ab. In den vergangenen zehn Jahren ist unser Beratungsangebot bekannter geworden. Die Beratungszahlen sind aber nur die Spitze des Eisberges, deshalb muss die Beratungsstelle von einer großen Dunkelziffer ausgehen.

Seit Februar 2025 werden durch eine Kooperationsvereinbarung Fälle des Polizeipräsidiums München direkt an die Beratungsstelle übermittelt. In der Beratungsstelle werden dadurch auf Dauer zusätzlich erhöhte Fallanfragen erwartet.

Zunehmende Enthemmung der Täter*innen – Erosion des Sicherheitsgefühls bei Betroffenen

Die Beratungsstelle BEFORE beobachtet die Auswirkungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen für Betroffene und eine zunehmende Enthemmung der Täter*innen. Dies zeigt sich in Lebensbereichen wie am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum oder im Wohnumfeld: Betroffene berichten in der Beratung, dass sie dort mehr Beleidigungen und Beschimpfungen erleben, Täter*innen Ablehnung und Hass offener zeigen. Zeitgleich wird der Prozess der Enthemmung durch die Intensität der Angriffe, sowie durch die Inbezugnahme auf rechtsextreme und rechtspopulistische Inhalte deutlich. Täter*innen stammen längst nicht mehr nur aus der organisierten rechten Szene – immer häufiger sind es Nachbar*innen, Kolleg*innen oder Passant*innen, die Menschen bedrohen oder auch körperlich angreifen.

Ein besorgniserregender Trend zeichnet sich ab: Die Beratungsstelle verzeichnet immer mehr juristische Angriffe gegen Betroffene, die mit der Unterstützung von BEFORE ihr Recht auf Beschwerde oder Rechtsdurchsetzung wahrnehmen wollen. Zuletzt gehen Täter*innen auch gegen die Beratungsstelle selbst vor: Mittels einer strafbewehrten Unterlassungsklage sollte die



Beratungsstelle daran gehindert werden, einen Betroffenen bei der Geltendmachung seiner Ansprüche nach erlebter Diskriminierung zu unterstützen. Im Grundsatzurteil des Landgericht Münchens 2024 wurde das Äußerungsrecht der Beratungsstelle gestärkt und die Rechte der Beratungsstelle, Betroffenen in ihrem Recht zur Seite zu stehen, bestätigt.

Aus der Erfahrung von 10 Jahren Beratungsarbeit: Ein Ausblick

Die Bilanz nach einem Jahrzehnt Beratungsarbeit zeigt deutlich: Diskriminierung und rechte Gewalt nehmen zu, während Betroffene zunehmend Vertrauen in gesellschaftlichen Rückhalt und staatliche Behörden verlieren.

Die Folgen des Erstarkens der extremen Rechten und die zunehmende Anschlussfähigkeit rassistischer und menschenverachtender Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft bekommen Betroffene von rechter, gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt an vorderster Front zu spüren. Die Bewältigung von Angriffen wird immer schwieriger. Verleumdungen, Hasstiraden und politische Aussagen haben direkte Konsequenzen: Auf gewaltvolle Worte folgen immer öfter Taten. Gerade jetzt müssen das Ausmaß rechter Gewalt und die Auswirkungen für Betroffene anerkannt werden und sich klar, aktiv und kompromisslos gegen menschenverachtende Positionen und an die Seite der Betroffenen gestellt werden.

Aus zehn Jahren Beratungsarbeit wissen wir, was es für einen Unterschied macht, wenn Betroffene in der Bewältigung des Erlebten Unterstützung erhalten. Ob Menschen wegschauen oder sich der betroffenen Person zuwenden, ist von immenser Bedeutung. Zeigen Sie Zivilcourage! Für eine solidarische Stadtgesellschaft, die sich klar an die Seite der Betroffenen stellt.

Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand von BEFORE e.V. resümiert: *„Die Stadt München hat vor zehn Jahren durch die Einrichtung der Beratungsstelle ein wichtiges Signal gegeben: Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt werden in München nicht mehr alleine gelassen!“*

Aus zehnjähriger Erfahrung müssen wir feststellen: Was als politische Debatte beginnt, endet mit Gewalt auf der Straße und im sozialen Umfeld. Wenn die gesellschaftlichen Debatten Ausgrenzung fordern, fühlen sich immer Menschen ermächtigt, diese Ausgrenzung konkret auf der Straße, im öffentlichen Nahverkehr und im Wohnumfeld auch umzusetzen.

Wenn beispielsweise Flucht und Migration ständig als Problem stilisiert und kriminalisiert werden,



*werden Geflüchtete und Migrant*innen immer mehr zum Ziel von Hass und Hetze, und das merken wir in unserer Beratungsstelle. Die Beratungsarbeit ist nie losgelöst von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Vielmehr können wir die Auswirkungen zeitbezogener Ereignisse und Debatten durch die Anliegen der Betroffenen in der Beratungsarbeit und im Anstieg der Beratungsfälle nachvollziehen .*

Mehr denn je stehen wir mit unserer Beratungstätigkeit mit dem Rücken an der Wand und können den aktuellen Fallzahlen nicht mehr gerecht werden. In Anbetracht steigender Fallzahlen und dem vermehrten Rückgriff auf Fallannahmestopps braucht es mehr Ressourcen für Beratungsarbeit, um Betroffenen eine kontinuierliche Unterstützung anbieten zu können.“

Verena Dietl, 3. Bürgermeisterin der Stadt München, konstatiert: „BEFORE ist unser Seismograph: Die Beratungsstelle macht sichtbar, dass Diskriminierung und Hass auch in München Realität sind. Aber BEFORE zeigt auch: Gegenwehr ist möglich – mit einer starken Zivilgesellschaft, die zusammenhält. Die Stadt unterstützt diese Arbeit, weil sie das Fundament unseres Zusammenlebens schützt. München ist bunt, weltoffen und solidarisch – und das verteidigen wir aktiv. BEFORE ist Teil des Fundaments, das Münchens Sicherheit trägt.“

Spendenaufruf

Wenn Sie uns mit einer Spende unterstützen möchten, freuen wir uns über Beiträge für die Arbeit der Beratungsstelle an folgende Kontoverbindung:

Kontoinhaber: Before e.V.

IBAN: 30 7015 0000 1003 6658 07

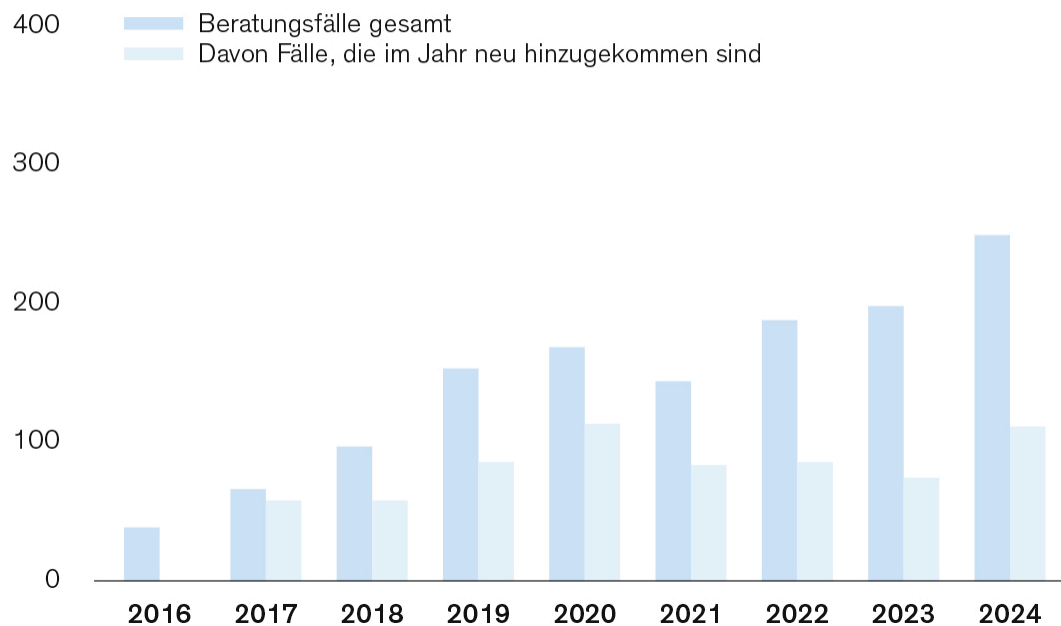
Über BEFORE: BEFORE ist die Beratungsstelle für Betroffene von rechter und gruppenbezogenen menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung in München. Wir unterstützen Betroffene, deren soziales Umfeld, sowie Personen, die Vorfälle bezeugen können. Unser Angebot reicht von der Antidiskriminierungsarbeit bis zur Opferberatung. Wir beraten kostenlos, vertraulich und unabhängig von staatlichen Behörden. BEFORE wird von der Landeshauptstadt München jährlich mit einer Summe von 480.837 Euro gefördert. Nähere Informationen zur Beratungsstelle BEFORE sind auf www.before-muenchen.de einsehbar.

Pressekontakt: E-Mail: presse@before-muenchen.de Mobil: 0176-45567784



Beratungsfälle über die Jahre in Zahlen

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG



OPFERBERATUNG

